

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband belegen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saara- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die abgeleitete Konkurrenzstelle oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Zustellungsgeld. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellungsgeld. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor der englisch-französischen Verständigung

### Der Streit um Oberschlesien

Paris, 23. Juli.

Der Meinungsaustrausch zwischen Paris und London über das Verfahren, welches einzuschlagen ist, um die oberschlesische Frage zu lösen, dauert an. Gestern abend wurde der Botschafter St. Aulaire telegraphisch ersucht, bei der englischen Regierung auf der Notwendigkeit zu bestehen, vor der Einberufung des Obersten Rates 1. Verstärkungen nach Oberschlesien zu senden, um die Durchführung des Spruches der Alliierten zu sichern; 2. die sofortige Einberufung eines Sachverständigenausschusses zu fordern, der die technische Seite der Frage prüfen sollte, ehe Verstärkungen in Oberschlesien eintreffen.

Die Lage in Oberschlesien sei sehr ernst und werde es bleiben, bis eine Lösung gefunden werde. Die Streitkräfte, über welche die Interalliierte Kommission in Oppeln verfüge, genügen nicht, um einer etwaigen Erhebung vorzubeugen, auch nicht, um die Ordnung in dem gesamten ausgedehnten Abnahmungsgebiet aufrechtzuerhalten. Wenn man also mit der Entsendung von Verstärkungen noch lange warte, so werde die Notwendigkeit dazu nur immer gebieterischer werden. Das sei in kurzen Worten der allgemeine Sinn der Note der drei Kommissare in Oppeln.

Die französische Regierung dürfte demnach wohl das Recht haben, daraus die bekannten Schlussfolgerungen zu ziehen. St. Aulaire werde dem Foreign Office noch mitteilen, daß der französische Botschafter in Berlin beauftragt werde, bei der Reichsregierung in Berlin einen diplomatischen Schritt zu unternehmen, um sie erneut darum zu ersuchen, alle Vorbereitungen zu treffen, um den Abtransport der französischen Division nach Oberschlesien gegebenenfalls durchzuführen zu können, die marschbereit sei.

Wie „Petit Parisien“ zu wissen glaubt, wird die Abwendung der Truppen erfolgen, sobald Großbritannien seine Zustimmung gegeben hat.

CC. Paris, 23. Juli.

Der französische Botschafter Laurent in Berlin wurde gebeten, bei der deutschen Regierung vorzusprechen, damit alle Maßnahmen für den Durchzug der Verstärkungstruppen durch Deutschland getroffen werden, welche, sobald England seine Zustimmung gegeben hat, sofort nach Oberschlesien abgehen werden.

## England mit dem Aufschub einverstanden?

III. Paris, 23. Juli.

Der französische Botschafter in London hat vorgestern Lord Curzon die Antwort der französischen Regierung auf die letzte englische Note bezgl. Oberschlesiens übermittelt. Die französische Regierung hält ihre Ansicht aufrecht. Es heißt, daß sie auf folgende Punkte besteht: Sofortige Entsendung von Verstärkungen nach Oppeln, Zusammenkunft von technischen Sachverständigen und erst später Tagung des Obersten Rates. Aus der Unterhaltung, die zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter stattfand, geht, wie eine französische Nachrichtenstelle behauptet, hervor, daß die englische Regierung Wert darauf legte, daß der Oberste Rat in allerhöchster Zeit eine Sitzung abhält, doch würde sie eine Vertagung bis zum 15. August annehmen.

## Keine weiteren diplomatischen Schritte

London, 23. Juli.

„Morningpost“ schreibt: Wir erfahren von amtlicher Seite, daß keine weiteren diplomatischen Schritte in der oberschlesischen Frage getroffen worden sind. Die britische Regierung hat Briand's Note nicht beantwortet. Sie habe keinen Grund, ihre Haltung zu ändern, und alle aus Oberschlesien eintreffenden Nachrichten bekräftigen die Ansichten, auf denen diese ihre Haltung beruht. Sie beabsichtigt indessen nicht, sich mit der französischen Regierung darüber zu streiten, sondern wünsche allein dringend, daß die oberschlesische Frage vom Obersten Rat so schnell wie möglich geregelt werde. „Times“ meldet, die britische Antwort auf die französische Note wird, wie man glaubt, nicht vor Beginn der nächsten Woche erfolgen.

## Ein Beruhigungsverfuch

London, 22. Juli.

Das Reutersche Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Weitere Telegramme aus Oppeln von dem britischen Kommissar in Oberschlesien betonen von neuem die Notwendigkeit einer schnellen Regelung der oberschlesischen Frage in Übereinstimmung mit dem Vorschlage der Interalliierten Plebiszitkommission. Man ist der Ansicht, daß es politisch nicht zweckmäßig sei, Truppen aller drei Alliierten abzuschicken, und man glaubt, daß dies auch gar nicht notwendig sein würde, wenn eine rasche Entscheidung durch den Obersten Rat zu erreichen wäre. Inzwischen gibt das Auswärtige Amt seinen Bemerkungen Ausdruck und mißbilligt das Gerücht auf beiden Seiten des Kanals aber gegenseitigen Beziehungen zwischen den

beiden Regierungen. Man hält an dem Glauben fest, daß die französische Regierung in dieser Angelegenheit wie in der Vergangenheit mit den Alliierten zusammenwirken wird bei der Lösung der beunruhigenden Frage, in der eine Meinungsverschiedenheit nur über die Art und Weise des Verfahrens besteht.

## Der Konkurrenzneid

CC. Paris, 23. Juli.

Das „Petit Journal“ meldet, daß am 16. Juli die englische Regierung an die französische Regierung eine Note richtete, worin um Aufklärung über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gebeten wird. Die englische Regierung befürchtet, daß sich die französische Regierung durch diese direkten Besprechungen mit Deutschland eine Art Priorität zum Schaden der übrigen Alliierten sichern könnte. Die französische Regierung erteilte darauf die Antwort, daß bisher in Berlin keinerlei feste Abmachungen getroffen wurden und daß es übrigens die englische Regierung selbst war, die wiederholt Frankreich empfahl, mit Deutschland in direkte Verhandlungen zur Lösung des Wiedergutmachungsproblems einzutreten. Das besondere Interesse Frankreichs an dieser Angelegenheit sei unbestreitbar.

## Clemenceau über „seine Schlachten“

CC. Paris, 23. Juli.

Einigen Journalisten aus Uruguay gab Clemenceau ein Interview, in dem er erklärte, daß er im Kriege „drei Schlachten“ schlagen mußte: Zunächst mußte die Schlacht gegen die „Boches“ gewonnen werden, dann eine zweite Schlacht gegen die Alliierten, bei denen die Einheit der Aktion durchgebrochen werden mußte, und als dritte Schlacht die Schlacht gegen die Franzosen, die alle Hoffnung auf den Sieg verloren hatten. Bezüglich des Friedensvertrages erklärte Clemenceau, daß er nicht sagen möchte, daß dieser ausschließlich sein Werk sei, aber es sei ein Werk, welches alle Eventualität vorausgesehen habe. Der Vertrag sei das Produkt einer gewissenhaften Arbeit, welche von einer Elite von Männern ausgeführt wurde, die von dem Ideal der Gerechtigkeit durchdrungen waren und in der Welt das moralische Gleichgewicht wiederherstellen wollten, das durch die Alldeutschen zerstört worden war. Es sei nicht der Fehler der Verfasser des Friedensvertrages, die die tragischsten Augenblicke des Krieges durchlebt hatten, wenn der Verstand jener Männer, die ihn durchzuführen sollten, nicht hinreichend, um den Vertrag zu verstehen.

## Karlchen unter Bewachung

London, 22. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet: Auf Erkundigung bei der schweizerischen Regierung ist der britischen Regierung mitgeteilt worden, daß die strenge Bewachung des früheren Kaisers Karl aufrechterhalten wird und daß keine Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß er noch einmal entweichen kann. Die in diesem Sinne aus Budapest verbreiteten Gerüchte kommen wahrscheinlich aus monarchistischen Kreisen, die an dem Widerstand gegen die Abtretung der westlichen Bezirke Ungarns an Österreich beteiligt sind.

## Eine türkische Gegenoffensive?

CC. Paris, 23. Juli.

Die Nachrichten aus Anatolien lauten widersprechend. Die griechischen Berichte teilen mit, daß die griechische Offensive fortgesetzt werde. Der türkische Generalstab spricht von einer sehr energischen Reaktion auf beiden Flügeln der Front. Nachrichten aus Angora zufolge soll Atsum Karahissa von den Truppen Mustafa Kemal zurückerobert worden sein. Wenn das Doppelmandat der Türken im Norden im Abschnitt von Brussa und im Süden im Abschnitt von Guemelik Erfolg hätte, würde die griechische Armee dadurch stark beunruhigt werden.

## Unruhen in Marokko

CC. Paris, 23. Juli.

Der Berichterstatter des Journal meldet aus Madrid, daß im spanischen Kriegsministerium Nachrichten über Unruhen in Marokko eintreffen. Die Kabulen von Beni-Ullaguel, Beni-Jamen, Beni-Bulna und von Guelana griffen die Vorposten der Spanier in Mellilla an. Der Kampf, der noch andauert, ist äußerst heftig. Hilfstruppen wurden herbeigerufen und aus Ceuta abgeholt. Gestern abend sprach man in Madrid von mehreren hundert Toten und Verwundeten und verglich die Kämpfe mit dem Unglück von Barranco-De-Robo, welches 1909 die Ursache der Revolte in Barcelona war. Man erklärte dem Korrespondenten auch, daß die Nachricht sich bekräftigt, wonach der General Fernandez Siles, der die spanischen Truppen im Gebiete von Mellilla kommandiert, verwundet sei. Gegenwärtig studieren die Minister die Lage im Kabinetsrat.

## Die Polizeiwirtschaft in Bayern

Aus München wird uns geschrieben:

Der sogenannte Ausnahmezustand ist in Bayern zum Normalzustand geworden und alle Rechtsübergrieße der Behörden, jede Einschränkung der nach der deutschen Reichsverfassung gewährtesten Rechte, wie Versammlungs- und Pressefreiheit, Vereinsrecht usw., wird für „gesetlich“ erklärt unter Berufung auf den Ausnahmezustand, der auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten Ebert über Bayern verhängt wurde. Wir wollen gar nicht erst davon sprechen, daß der Ausnahmezustand in Bayern einseitig nur gegen die Arbeiterchaft gehandhabt wird. Das ist bei einer Klassenregierung der Bourgeoisie, wie der bayerischen, nicht anders zu erwarten. Aber daß mit diesem Ausnahmezustand Eingriffe in die elementarsten Grundrechte der Staatsbürger gerechtfertigt werden, sollte der Reichsregierung doch zu denken geben und ihr die Prüfung der Frage nahelegen, ob der bayerische Ausnahmezustand überhaupt noch mit der Verfassung des deutschen Reiches in Einklang zu bringen ist.

Nicht nur, daß in Bayern kein einziges kommunistisches Organ erscheinen darf, keine kommunistische Versammlung möglich ist, also einer ganzen Partei jede Betätigungsmöglichkeit genommen wurde, daß das Münchener Organ der U.S.V. „Der Kampf“ polizeilich verboten wurde, sind auch zwei Berliner Blätter, die „Freiheit“ und die „Rote Fahne“ für Bayern verboten worden. Alle politischen Versammlungen der Arbeiterchaft werden durch ein Heer von Polizeispähnen überwacht und Versammlungen, die der Polizei nicht genehm sind, einfach verboten. In der Oberpfalz wurde vor kurzem vom Bezirksamt Tirschenreuth eine Versammlung verboten, in der über das Thema gesprochen werden sollte: „Ruh der Mensch Religion haben?“. Also selbst die Gewissensfreiheit ist in Bayern abgeschafft. Erst vor wenigen Tagen hielt die Polizei in der Druckerei des Münchener rechtssozialistischen Organs Hausausuchung und Beschlagnahme ein Flugblatt, das die Harmlosigkeit selbst ist. Man begnügte sich aber nicht einmal allein mit der Beschlagnahme, sondern zerstörte auch noch Matrizen und Platten.

Die sich in Bayern aufhaltenden Nichtbayern unterliegen einer besonderen schuldlosen Meldepflicht. Ausländer müssen hohe Aufenthaltsgeldern entrichten und sind allen möglichen polizeilichen Schereien ausgesetzt. Die Erhebung der Aufenthaltsgeldern hat im Ausland nicht gerade förderlich auf die Behebung der Verletzungen zu Bayern gewirkt. In der Tschechoslowakei ist man bereits dazu übergegangen, als Repressalie gegen die Erhebung von Aufenthaltsgeldern für Ausländer in Bayern, besondere Aufenthaltsgeldern von bayerischen Staatsangehörigen zu erheben, die sich in der tschechoslowakischen Republik aufhalten. Das alles konnte die bayerischen Polizeibehörden bis jetzt nicht von ihrer bisherigen Fremdenpolitik abbringen, obwohl gerade Südbayern auf den Fremdenverkehr angewiesen ist.

Neuerdings beginnen die Bezirksamtämter in der Provinz, dem Polizeimahnahmen des Münchener Polizeipräsidenten Pöhner nachzueifern. Das ist begreiflich, bei dem hohen Ansehen, das der Münchener Polizeipräsident wegen seiner „Verdienste“ um die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ genießt. Man will sich auch in der Provinz den Ruhm nicht entgehen lassen, der Reaktion Scherengedienste zu leisten. So erdrosselte sich der Bezirksamtmann von Tirschenreuth in der Oberpfalz durch eine Verordnung, die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften aufzuheben, ihre Mitgliederlisten einzureichen! Selbstverständlich weigerten sich sämtliche Vorstände, diesem durch nichts gerechtfertigten Verlangen nachzukommen. Die U.S.V.-Fraktion des bayerischen Landtages hat von der Regierung Aufschluß darüber verlangt, ob sie diesen groben Vorstoß gegen das Vereinsrecht bedauert, aber heute noch vergebens auf Antwort.

Die Zustände, die heute in Bayern herrschen, sind für die sozialistischen Parteien weit schlimmer, als sie unter dem Sozialistengefetz waren. Solange die Regierung Ruhe und mit ihr das Polizeiregiment des Herrn Pöhner in München am Ruder sind, wird eine Besserung der gegen das Proletariat gerichteten Unterdrückungspolitik nicht eintrreten, wenn nicht vom Reich aus Schritte dagegen unternommen werden. Die bayerische Regierung leitet das Recht zu den getroffenen Ausnahmahmahnahmen einmal aus der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmezustand ab, beruft sich aber auch auf den sogenannten Novembervertrag von 1870 betreffend Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes, wonach Bayern bei Schaffung und Ausgestaltung seines Kriegszustandsrechts grundsätzlich frei ist.

In Bayern stellt man sich auf dem Standpunkt, daß die Reichsverfassung den bayerischen Ausnahmahmahnahmen nicht entgegenstehe. Dabei stützt man sich insbesondere auf Artikel 178 Abs. 2 der Reichsverfassung, wonach Anordnungen der Behörden, die auf Grund bisheriger Gesetze in rechtskräftiger Weise getroffen waren, ihre Gültigkeit behalten bis zur Aufhebung im Wege anderweitiger Anordnung oder Gelehrgebung. Nun besagt aber Artikel 178 auch, daß Gesetze und Verordnungen des Reiches, die vor der Weimarer Verfassung erlassen wurden, nur insoweit in Kraft bleiben, als ihnen die Reichsverfassung nicht entgegensteht. Und da sind wir der Meinung, daß die bayerischen Ausnahmahmahnahmen mit einer Reihe von Verfassungsbestimmungen nicht mehr vereinbar sind. An dieser Auffassung ändert auch nichts, daß das bayerische Oberste Landesgericht dahin entschieden hat,

daß die Ausnahmemaßnahmen in Bayern der Reichsverfassung nicht entgegenstünden. Letzten Endes hat ja nicht ein bayerisches Gericht, sondern die Reichsregierung darüber zu wachen, daß auch in den Einzelstaaten die Reichsverfassung beachtet wird. Und in der Verfassung sind Bestimmungen vorhanden, die es der Reichsregierung sehr wohl möglich machen, gegen Bayern einzuschreiten, wenn es sich den Anordnungen des Reiches nicht fügen sollte. Allerdings wurde von dieser Möglichkeit immer nur dann gegen Regierungen von Einzelstaaten Gebrauch gemacht, wenn es sich um eine Regierung handelte, die in Händen der U. S. P. oder A. P. D. lag.

Die Polizeiwirtschaft in Bayern ist eine Schande nicht nur für Bayern selbst, sondern für ganz Deutschland. Es ist höchste Zeit, daß die Reichsregierung einmal aus dem Stadium der „Erwägungen“ heraustritt und endlich einmal beginnt zu handeln!

## Die Schande von Niederschönenfeld

München, 23. Juli.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages lehnte gestern Abend mit allen gegen sechs sozialistische Stimmen einen kommunistischen Antrag auf Einleitung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der politischen Gefangenen in der Festungsanstalt Niederschönenfeld ab. Die Regierung teilte mit, daß der radikale Teil der Gefangenen den größten Terror erlitten, nachherumlaufte, ein Prägelkommando gegen ruhige Gefangene gebildet habe, Raubpläne und Todesurteile gegen Anstaltsbeamte schmiede, an die Anstaltsleitung ultimative Forderungen stelle und beim Briefwechsel Geheimschriften anwende, indem sie beispielsweise mit durch Zunder verbrannten Urin schreiben, so daß die Anstaltsleitung ein chemisches Laboratorium unterhalten müsse. Die widerspenstigen Gefangenen seien jene, welche längt für Minister- und Kommandantensposten ausersuchen, Angst vor dem Vergessenwerden hätten und sich durch Skandalmachen immer wieder bemerkbar machen wollten.

Diese „Begründung“ der bayerischen Regierung für die Ablehnung eines solchen Antrages sachlich widerlegen zu wollen, wäre Unflug. Fest steht, daß im Festungsgefängnis Niederschönenfeld haarsträubende Zustände herrschen, die aber nicht auf das Betragen der Gefangenen, sondern auf die Maßnahmen der Anstaltsleitung zurückzuführen sind. Aus unseren Berichten, deren Darstellung durch gleichzeitige Berichte im „Vorwärts“ bekräftigt wurde, ging das hervor. Und nun wagen es die Mitglieder der bayerischen Regierung, diese höchsten Würdenträger des Landes, auf eine Beschwerde mit Hohn und dummem Witz zu antworten. Dieses Verhalten zeugt von einem so erschreckenden Mangel an Ernst und Gewissenhaftigkeit bei diesen in so verantwortlicher Stellung stehenden Leuten, daß sich das deutsche Volk dieser Erscheinung auf tiefste schämen muß. Wieder einmal haben die Racht und Genossen ein wohlgetroffenes Selbstporträt gezeichnet.

## Regierungstrife in Thüringen

Die reaktionären Kreise in Groß-Thüringen haben durch ihre systematisch betriebene Hege ein neues Opfer zur Stätte gebracht. Der Minister des Innern, Frhr. von Brandenstein, hat am 22. Juli in der Landtagssitzung in Weimar die Erklärung abgegeben, daß er gewillt sei, aus seinem Amte zu scheiden. Der Schritt des Ministers Brandenstein ist auf Meinungsverschiedenheiten im Ministerialkollegium zurückzuführen und hängt mit dem Abgang des Majors Müller-Brandenburg zusammen. Müller-Brandenburg wurde durch rechtsstehende Kreise beschuldigt, die Staatspolizei in Thüringen für umstürzlerische Zwecke bereit zu halten. Diese Beschuldigungen haben sich als un wahr erwiesen. Wie es sich herausstellte, gingen die Informationen über diesen Fall von einem Leutnant Lampel aus, der die ganze rechtsstehende Presse mit Material versorgte. Auf eine Anfrage teilte der Minister Brandenstein vor einigen Wochen im Landtag mit, daß dieser Lampel ein unzuverlässiger Mensch sei. Vergleichliche Autoritäten hätten Geisteskrankheit bei ihm festgestellt und zum Beweise dafür, verlas er ein ärztliches Gutachten. Die Rechtsparteien, die schon lange

vorher angekündigt hatten, daß auch Minister Brandenstein fallen müsse, verstärkten nunmehr ihren Heßruf. Im Ministerialkollegium ergaben sich Unstimmigkeiten darüber, ob Minister Brandenstein zur Verlesung dieses Gutachtens berechtigt war. Um den ewigen Unstimmigkeiten ein Ende zu machen, hat Minister Brandenstein seinen Posten niedergelegt. Er will jedoch noch bis zum 15. Oktober im Amte bleiben, um die dringendsten Arbeiten zu erledigen.

## Wie die Kriegsverbrecher gearbeitet haben

Eine Erinnerung an den 23. Juli 1914

Der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg hat noch in seiner 1919 erschienenen Rechtfertigungsschrift behauptet, das österreichische Ultimatum an Serbien, das den eigentlichen Anstoß zur Entfesselung des Weltkrieges gegeben hat, sei ohne Kenntnis des Inhalts und ohne Billigung der deutschen Regierung erlassen worden. Auch der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Jagow, sagt in seinem Buch über „Ursache und Ausbruch des Weltkrieges“, der deutschen Regierung seien die Entschlüsse Oesterreichs zu spät mitgeteilt worden, daß ihr die Möglichkeit abgeschnitten war, dazu Stellung zu nehmen. Beide Behauptungen gehören in das Gebiet der Geschichtslügen, mit denen die am Ausbruch des Krieges hervorragend Beteiligten ihre Schuld zu verschleiern suchen. Das österreichische Ultimatum an Serbien sollte ursprünglich am Morgen des 23. Juli in Belgrad überreicht werden. Aus den Berichten des sehr gut informierten deutschen Botschafters in Wien, Herrn von Tschirsky, hat die deutsche Regierung das ganz genau gewußt. Auf Betreiben des Herrn von Jagow ist dann die Stunde der Ueberreichung auf 6 Uhr nachmittags des 23. Juli verschoben worden. Der Staatssekretär von Jagow hatte die Wiener Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn das Ultimatum vor diesem Zeitraum überreicht werden würde, die Nachricht davon noch vor der Abreise Poincarés aus Petersburg bekannt werden könnte. Am 22. Juli, 6 Uhr nachmittags, ist eine entsprechende Depesche der deutschen Regierung an die österreichische dem Telegraphenamte in Berlin übergeben worden. Wenn also die deutsche Regierung eine Milderung des Ultimatus hätte erreichen wollen, so hätte sie noch sehr viel Zeit dazu. Die deutsche Regierung hat von dem Inhalt des Ultimatus genaue Kenntnis gehabt, denn es ist ihr in je einem Exemplar von dem österreichischen Botschafter Graf Szögyény und von dem deutschen Botschafter in Wien rechtzeitig übermittelt worden.

Das sind die geschichtlichen Tatsachen, wie sie aus den im Jahre 1919 veröffentlichten amtlichen Aktenstücken der deutschen Regierung hervorgehen. Der Inhalt des Ultimatus war so gefaßt, daß der Ausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Serbien unausweichlich war. Das wußte die österreichische Regierung, aber sie wollte den Kriegsausbruch, um an Serbien ein Exempel zu statuieren. Auch die deutsche Regierung hat genau gewußt, welche Folgen das Ultimatum haben werde. Beide Regierungen waren sich aber weiter darüber klar, daß dieser österreichisch-serbische Krieg nur das Signal zur Entfesselung des Weltkrieges sein könne. Die Mißhandlung Wilhelms II. und seiner Ratgeber am Beginn des Bälfergemeines ist also geschichtlich bewiesen. Keine von interessierter Seite verbreitete Geschichtslüge wird diese Tatsache aus der Welt schaffen. Der heutige 23. Juli, der Tag der Ueberreichung des österreichischen Ultimatus an Serbien, soll nicht nur die Erinnerung an jene schicksalreiche Zeit auffrischen, sondern den Willen der Arbeiterklasse stärken, durch ihren Kampf wider Kapitalismus und Imperialismus eine Wiederholung solcher Ereignisse unmöglich zu machen.

**Amnestie und Bergarbeiterstreik.** Aus London wird gemeldet: Eine Abordnung von Arbeiterführern hat den Minister des Innern aufgesucht und gefordert, daß für die während des Bergarbeiterstreiks Verhafteten eine allgemeine Amnestie erlassen wird. Der Minister stellte aber keine allgemeine Amnestie in Aussicht.

Erfolg gegen dieses Uebel anzukämpfen zu können, deshalb trat er mit seinen Doktrinen an die Öffentlichkeit. Eine Zusammenstellung von 135 Fällen aus den letzten zwei Jahren zeigt, in welcher grausamer Weise die Neger mißhandelt, gelacht, von Haus und Hof vertrieben und von ihren Familien getrennt wurden. (Man sollte das die Welke Schmach nennen.) Dorsen sagt zusammenfassend folgendes:

„Aus einigen Gegenden wird der Neger vertrieben, als wäre er ein wildes Tier; in anderen wird er als Sklave gehalten; in wieder anderen darf es überhaupt keine Neger mehr geben. Ich habe mir keine Mühe gegeben, alle Fälle von Mißhandlung und Brutalität zusammenzubekommen. Wäre dies gelungen, so hätte mein Material, glaube ich, verdreifacht werden können.“

Der Gouverneur erzählt weiter, wie ein 60 Jahre alter Neger, der mit Frau und zwölf Kindern auf einer unter unfähigem Fleiß erarbeiteten Farm lebte, von weißen neidischen Farmern überfallen, angeklagt und schließlich — ohne daß er sich auch nur zur Wehr setzte — zu 500 Dollar Geldbuße und 1 Jahr am „Kettengang“ verurteilt wurde. Die Familie wurde von der Farm vertrieben, die Kinder dürfen sich nicht mehr im Staate bilden lassen, der alte Mann aber steht unter den Peitschenhieben der staatlichen Sklavenreiber langsam dahin. „Was“, fragt der Gouverneur, „hatte dieser Mann für ein Verbrechen begangen, wofür er so schwer zu büßen hatte? Er tat viel für die Erziehung seiner Kinder, und außerdem beging er noch das Verbrechen, auf seiner Farm vorwärtszukommen.“

Zu sagen wäre dazu noch folgendes: Die amerikanischen Neger haben sich ungeheuer kulturfähig gezeigt. Es gibt keinen Beruf, sei es Landwirtschaft, Handwerk, Kunst oder Wissenschaft, der nicht von ihnen ebenso beherrscht wird, wie von den Weißen, es hat sich sogar gezeigt, daß die amerikanischen Neger, die allerdings zum großen Teil nicht mehr „reinerfärbt“ sind, unter gleichen Lebensbedingungen den Weißen an Kulturfähigkeit überlegen.

Der Neger wird also den Weißen ökonomisch gefährlich, und deswegen erfolgen alle diese Brutalitäten. Man will den Neger als willen- und rechtsloses Subjekt behandeln und nicht als Mensch werten und deshalb diese ihnen angelegene Barbarei. Man verbietet z. B. die Heirat in manchen Staaten zwischen Negern und Weißen, was zu den tragischsten Konflikten führt. Es gibt nämlich viele „Neger“, die gar keine mehr sind, die kaufmännische Gesichtszüge und glatte Haare haben und sich weder in der Stimme, noch sonst von einem Weißen unterscheiden, bis aber das Unglück hatten, daß ihre Vorfahren Neger waren. (Die reinen Neger, männlich wie weiblich, sind nämlich schon an der Stimme erkennbar, und an vielen amerikanischen Varietätstheatern treten weiße Krieger als Negerimitatoren auf.) Diese Menschen, die zumeist kulturell auch sehr hoch stehen, müssen in separaten Negerwaggons reisen und sind sonst noch vielen, die

## Noch immer eine Frage

In der „Sozialistischen Korrespondenz“ wird empfohlen, den Beschluß über ein neues Programm auf einen späteren Parteitag zu verschleppen. Dafür sollen die Gegenwartsfragen ausführlicher erörtert werden, neben dem Steuerprogramm die Frage des Zusammengehens der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei. Der Parteitag müsse eine ganz konkrete Antwort darauf geben, ob es für die Sozialdemokratie in Preußen besser gewesen sei, nützlich aus der Regierung auszuschleichen oder sich mit der Deutschen Volkspartei zusammen in die Regierung zu setzen. Die Korrespondenz meint zwar, die Ablehnung des Zusammengehens hätte eine Parteischädigung vermieden und wäre infolgedessen richtig gewesen, aber der Parteitag müsse nochmals zu dieser Frage Stellung nehmen.

Diese Bemerkungen sind deshalb interessant, weil sie zeigen, daß die Richtung, die einen Anschlag an die Deutsche Volkspartei sucht, bei den Rechtssozialisten offenbar über einige Stärke verfügt, obwohl man nach den großen Redensarten, die im Preussischen Landtag gemacht wurden, hätte glauben müssen, daß die Rechtssozialisten den Anschlag an die Stinnesmannen unter keinen Umständen wünschen. Leichtgläubige Gemüter werden jetzt eines Besseren belehrt.

## Eine Niederlage der Faschisten

Aus der Provinz Florenz waren 400 Faschisten ausgezogen, um gegen die Kommunisten-Stadt Scarzana bei Pisa eine „Strafexpedition“ zu unternehmen. Die Behörden waren aber vorbereitet, und als die Faschisten vor der Stadt anlangen, stehen sie auf eine Abteilung Militär, die auf die Eindringlinge Feuer gab. Nach den Darstellungen der bürgerlichen Presse sollen auch die Einwohner bewaffnet und mit Gewehren gegen die stehenden Faschisten vorgegangen sein. Bisher wurden 27 tote Faschisten gezählt, sehr viele sind durch Schüsse und Dolchstöße verwundet worden.

Diese Vorgänge haben bereits Nachwirkungen gehabt. Die Faschisten erzwangen in einer Reihe größerer Städte, wie Bologna, Genua und Florenz zum Zeichen der Schließung der Läden und der Theater. Aber auch politische Folgen dürfte dieses Ereignis haben. Der Ministerpräsident Bonomi hatte Einigungsverhandlungen zwischen Faschisten und Sozialisten angebahnt. Sie sind jetzt abgebrochen worden, und die Blätter der Rechten fordern bereits zum Sturz des Kabinetts Bonomi auf, weil er gewagt hat, gegen die Faschisten härter vorzugehen, als sie es bisher gewohnt waren.

## Kommunistenhege in Jugoslawien

Freitag vormittag ist der frühere jugoslawische Innenminister Drastowitsch in Delnice, wo er sich zur Erholung aufhielt, von dem bosnischen Ueberrichter Alia Magitich erschossen worden. Nach den offiziellen Meldungen soll der Täter Kommunist sein und die Tat aus Grund des Beschlusses eines Terroristenausschusses ausgeführt haben. Es soll im Zusammenhang mit einer großen Verschwörung stehen, an der viele jugoslawische Kreise beteiligt seien.

Das Attentat hat der jugoslawischen Regierung Gelegenheit gegeben, eine mäßige Hege gegen die Kommunisten zu entfesseln. Ministerpräsident Bakitsch hat infolge des Ereignisses eine Auslandsreise, die er am Sonnabend antreten wollte, verschoben. Das Parlament soll sofort zusammentreten, um die Maßnahmen, die die Regierung gegen die Kommunisten beschließen will, zu beschließen. 600 Personen, die den verschiedensten Gesellschaftsklassen angehören, sollen bereits verhaftet sein.

**Durch Feuer vernichtet.** Freitag Abend brach in dem Holzlager der Firma Grenz u. Co. in Bamberg aus unbekanntem Ursachen ein gewaltiges Großfeuer aus, dem trotz stundenlangem Arbeit der Feuerwehren die ganze Anlage mit großen Vorräten im Werte von Hunderttausenden von Mark zum Opfer fiel.

Folgen der Dürre in Skandinavien. Die andauernde Dürre und die große Hitze drohen für ganz Nord- und Osteuropa zu einer Katastrophe zu werden. In Dänemark ist nur eine sehr unbedeutende Ernte zu erwarten. In Schweden ist der Gödalanal, die große Verkehrsroute zwischen Stockholm und Göteborg, bereits ausgetrocknet. Wenn der Regenmangel anhält, wird es notwendig sein, den Kanal für größere Fahrzeuge zu sperren.

## Das „Peonage-System“ in den Vereinigten Staaten

In der englischen Zeitschrift „Nineteenth Century and after“ vom Jahre 1907 ist in einem „Peonage-System“ überschriebenen Aufsatz auf die Kulturblüten, besonders des ganzen amerikanischen Südens der Union, hingewiesen worden. Ebenso wie heute noch die preussischen Junker etwa ihr Herrtentum zur Schau tragen, so lebt in den Agrarländern der amerikanischen Südstaaten das Uebel des skrankenlosen Sklavenhalters, der den ganzen Staat und seine Gesetzgebung beeinflusst. — Da die einzelnen Staaten der Union eine weitgehende Autonomie besitzen, so ist von dieser auch skrankenloses Gebraucht gemacht worden, wenn dabei auch die Grundgesetze der Vereinigten Staaten nicht nur verletzt, sondern auch aufgehoben wurden. Insbesondere richtete sich dieses Herrtentum gegen die amerikanischen Neger. In den ganzen Südstaaten besteht heute noch ein mehr oder weniger verstecktes Peonage-System, das sich von der Sklaverei kaum noch unterscheidet. Eine infame Gesetzgebung liefert die vielen Fälle, in die die arme Bevölkerung gefangen und zur Beute des Staates und der Sklavenjunker wird.

Fast der ganze Süden, wie insbesondere der berühmte Staat Georgia, weiter Alabama, Nebraska usw., unterhalten fast keine Gefängnisse. Die Verurteilten werden einfach auf die Dauer ihrer Strafe an Unternehmer verpachtet, die diese armen Menschen zu allen Gruben- und sonstigen Arbeiten heranziehen, brutal ausbeuten und behandeln, so etwa, wie während des Krieges die Kriegsgefangenen behandelt wurden.

In einem Parlamentsbericht in Georgia wurden seitherzeit die hohen Einnahmen, die durch dieses System erzielt wurden, hervorgehoben, und es wurde mit Befriedigung festgestellt, daß der Staat nicht nur Geld spare, sondern noch einen namhaften Gewinn erzielt, der zum Ausbau des Schulwesens verwendet wurde.

Dieser Barbarei erfreuen sich nun nicht nur die Neger, sondern auch die weißen Proletarier. Von Zeit zu Zeit wird die amerikanische Öffentlichkeit durch besondere Vorfälle aus dem dunklen Süden aufgerüttelt, ohne daß dieser Schmach begegnet wird. Alle Präsidenten der Vereinigten Staaten erleben gefährliche Vorkommnisse gegen diese Kulturblüte; die Sklavendörge aber stehen sich in ihrem Gebaren nicht fähren und tobten sich mehr denn je aus.

Einen grausamen Beleg dafür hat der jetzige Gouverneur von Georgia, Hugh M. Dorsey, eben durch die Veröffentlichung eines Buches gegeben, in dem er die Zustände seines Staates schilderte. Er sah keinen weiteren Ausweg, um ernsthaft und mit

Menschenwürde verletzenden Bestimmungen ausgeführt. Unter solchen weißlichen Negern gibt es besonders im Staate Louisiana hervorragende berückende Schönheiten, die vielfach französisch-spanisches Blut in ihren Adern haben und oft in glücklicher Gemeinschaft mit Weißen leben. Sie dürfen aber nicht gesellschaftlich heiraten und ihre Kinder werden gesellschaftlich gemieden. Dieser Skandal des ganzen Südens der Vereinigten Staaten, der durch verschiedene Morde in der letzten Zeit die ganze amerikanische Presse beschäftigt, läßt die „New Yorker Volkszeitung“ folgendes sagen:

„In der Tat, wir haben ein Recht, auf die amerikanische Kultur und Zivilisation stolz zu sein. Und wie nötig hatten wir es, die amerikanische Demokratie nach Europa zu exportieren!“

Wir haben diesem Urteil nichts hinzuzufügen. B. Rudner

## Ein neuer Sprecher

Die meisten Leser der „Freiheit“ werden sich gewiß mit Freuden an die proletarischen Feiertunden erinnern, die uns im vergangenen Winter so oft im Großen Schauspielhaus vereinigten haben. Schöne Stunden menschlicher Gemeinschaft und wirklicher Feiertunden haben wir dort miteinander erlebt. Und wenn die große, schöne und echt sozialistische Abicht dieser Feiertunden: nicht einem genießenden Publikum Kunstgenüsse zu servieren, sondern aus Künstlern und Hörern eine große gemeinsam fühlende Genossenschaft zu schaffen, wenn diese schöne Abicht zu wahren Wirklichkeit wurde, so ist das wohl vor allem dem Sprecher zu danken, der nicht durch Einzelleistungen, sondern als von einem gemeinsamen Gedanken und von gemeinsamen Gefühlen bewegte Masse die verwandte Masse der Zuhörerhaft nicht zum Genießen, sondern zum Erleben mitriß.

Wollen wir im nächsten Winter wieder solche gemeinsamen Feiertunden erleben, so muß wieder ein Sprecher geschaffen werden.

Jeder Genosse, ob alt, ob jung, ob Frau, ob Mann, der die Lust und die Fähigkeit in sich fühlt, an dieser schönen Aufgabe sich zu beteiligen, möge sich zur Verfügung stellen! Vorkenntnisse, Vorbildung sind nicht nötig. Alles Nötige wird in gemeinsamer Übung gelehrt. Die Parteigenossen, die schon dem vorjährigen Sprecher angehörten, sind natürlich besonders willkommen.

Meldungen mit genauer Adresse werden erbeten an: Arbeiter-Bildungsschule, Dreißigstr. 8-9.

Die einzige Bedingung ist: Zugehörigkeit zur U. S. P. D.

Die Ggl-Gesellschaft im Königsgrüher Theater verdrängt das Sprichwort von der Hochzeit zu Kanak: „Erst den guten, dann den schlechten Wein“ in kein Gegeenteil. Sie hat mit Schöndorfer

# Metallarbeiter! Auf zur Delegiertenwahl!

Im September wird die Arbeiterschaft der Welt auf Jena blicken. Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dieser achtunggebietenden Macht, ist ein Ereignis von weittragender Bedeutung. Die Entscheidungen dieser Nacht werden beispielgebend sein für breite Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft der Welt. Eurer Organisation, deutsche Metallarbeiter, gebührt eine

## führende Stellung in der Internationale

Eurer Organisation — denn sie ist die Schöpfung Eures Geistes, das Werk Eures Denkens und Eurer Kämpfe. Den Ausbau der Organisation gilt es in Jena. Und die taktischen Linien müssen gefunden werden, die Gewähr dafür bieten, daß Euer Wille Tat und Wirklichkeit werde — inmitten des Chaos der Wirtschaftskrise und im Wahren revolutionärer Zeit. Sorgt dafür, daß die Generalversammlung Euer in früheren Jahrzehnten geleistetes Werk kröne. Die Entscheidungen von Jena müssen

## eine Leistung

darstellen. Denn auch Staatsgewalt und Unternehmertum nehmen auf ihre Art Anteil an Eurer großen Tagung. In Jena werden sie den Geist erkennen müssen, der in der Arbeiterschaft lebendig ist.

## Zwei taktische Möglichkeiten

Liegen nahe und bedrohen die Gewerkschaftsbewegung: das Verharren in einseitiger und ausschließlicher Lohnpolitik, die den Lohngrößen über alles setzt und ihm das große Zukunftsinteresse der Arbeiterklasse opfert, oder das Verharren in phrasenhaftem Kadaw und utopischer Revolutionsphantasie.

Beide Wege sind falsch. Der erste Weg ist gleichzusetzen der Profitdenke des Unternehmertums, wonach das Ziel erreicht ist, wenn „der Schornstein raucht“. Er führt daher mit innerer Notwendigkeit zur Verkümmern der Gleichheit der Interessen. Der andere Weg lähmt die Gewerkschaft bei der Erfüllung ihrer täglichen kleinen Aufgaben, die in ihrer Gesamtheit von unendlicher Bedeutung sind.

## Metallarbeiter! Schützt Eure Organisation

vor beiden Irrwegen durch die Wahl von Männern und Frauen, die Fähigkeit, Eifer, Sorgfalt und Sachkenntnis im Tageskampf verbinden mit revolutionärem Kampfeswillen, der sich orientiert an der Erkenntnis der Lage der Arbeiterklasse und belebt wird vom Willen zur Macht.

Gewiß ist der Lohnkampf wichtig! Aber jeder Schritt im Lohnkampf muß getragen sein von der Idee, daß Wohl, Wille und Machtausübung der gesamten Arbeiterklasse durch ihn gefördert werden müssen. Und ein neues kommt hinzu: die organisierte Arbeiterschaft muß festen Fuß fassen in der Produktion, muß der Lohnpolitik eine von sozialistischem Geist erfüllte

## Produktionspolitik

hinzufügen, muß Macht gewinnen, um die Produktion planmäßig zu gestalten. Auch hier müssen sich zähe Kleinarbeit am täglichen Objekt verbinden mit dem Klasseninteresse des Proletariats. Nichts darf geschehen, was nicht geeignet wäre, der Gesamtheit der Arbeiterklasse zu dienen. Auch auf diesem neuen Gebiete — und hier vor allem — muß die Arbeiterklasse ihre eigenen Wege gehen und eine unabhängige und selbständige, nur vom

## Geiste des Sozialismus

geleitete Politik betreiben.

Jena ist bestimmt, diesen Weg zu suchen. Nicht nur für die Metallarbeiter, sondern für die Arbeiterklasse. Die Metallarbeiter Deutschlands sollen sich als Fortschritt der deutschen Arbeiterklasse bewähren, der dem Gegner Respekt und der Arbeiterschaft Stolz und Vertrauen auf den Sieg einflößt.

Denkt daran, Genossen, wenn ihr zur Wahl geht. Wählt die Liste A

Ihr bewahrt damit Eurer Organisation und ihrer Tradition die Treue. Gebt den Männern und Frauen Eure Stimme, die die Gewähr bieten für eine Kampfesaktivität, die der Arbeiterklasse dient und der Organisation der Metallarbeiter und ihren Berufsinteressen zugleich.

## Auf zur Wahl!

## Aus dem Wahlkampf

Da der Wahlkampf im Metallarbeiterverband gegen eine kommunistische Liste zu führen ist, bewegt er sich zum Teil auf einem Niveau, das in seiner Niedrigkeit ganz dem kommunistischen Wesen entspricht. Es ist nicht ohne Heberwindung möglich, diesen an Argumenten so armen und dafür an Phrasen und Verleumdungen so reichen Gesellen auf ihrer Bahn zu folgen, aber das Geschäft des Wahlkampfes erfordert es leider.

So behauptet die „Rote Fahne“ z. B. gestern, von den 95 Kandidaten der Liste A befänden sich 20 im Anstellungsverhältnis, während die Männer der Liste B. ausschließlich den von den Bürgerlichen so sehr geliebten „schlichten Mann“ aus der Werkstatt zur Wahl präsentierte. Zunächst ist die erste Behauptung gelogen. Von den 95 Kandidaten der Liste A sind noch nicht einmal zehn Genossen in einem Anstellungsverhältnis. Dagegen weiß jedes Kind, daß fast die gesamte Bilanz der sogenannten Gewerkschaftsaktivisten der SPD. längst als betriebsame Agenten von Rostan mit dem Gelde der SPD. ausgehlichen werden. Ist schon die Absicht, die Angestellten durch eine solche Ermüdung ihrer Beteiligung an den Kandidatenlisten in den Augen der Wählenden herabzumühen, verworren, so ist es geradezu unmöglich, für diesen bewußten Schwindel eine Bezeichnung zu finden.

Ferner machen die kommunistischen Agenten, die im Wahlkampf ihr Unwesen treiben, unteren Parteigenossen daraus einen Vorwurf, daß sie ein „Bündnis“ mit der S. P. D. geschlossen hätten. Dazu ist zunächst zu sagen, daß dieses Bündnis einfach dadurch entstehen mußte, daß das Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Verhältniswahl nicht zuläßt. Sollten also drei oder noch mehr Kandidatenlisten aufgestellt werden? Sollte man zugeben, daß der Wahlkampf ausartet in ein wüßes Gezänk, das das Ansehen der Organisation hätte schädigen müssen, ohne daß die Möglichkeit besteht, ein einigermaßen ersprießliches Ergebnis in Gestalt der Verteilung der Kandidatenzahlen nach dem Verhältnis der Stimmen zu erzielen? Auch diese Erwägung ist so recht kommunistisch.

Aber auch hier kommt zum demagogischen Trick die bewusste Unehrlichkeit. Aus sehr zuverlässiger Quelle wird uns bekannt, daß Herr Oskar Kusch im Auftrage der kommunistischen Fraktion tagelang bemüht war, ein Zusammengehen mit der SPD-Fraktion zu erzielen. Er bemühte sich, den SPD-Metallarbeitern klar zu machen, daß es auch in ihrem Interesse sei, wenn zunächst einmal die U.S.P. aus der Organisation entfernt werde. Der Abgesandte wäre also gern mit einem von der SPD. bezahlten Bilett nach Jena gefahren.

Rufen mit diesem Tatbestand noch etwas hinzu? Wir glauben es nicht, denn diese Vorgänge zeigen von neuem, wie diese Gesellen bei Tage betrunken aussehen.

## Neugestaltung der Zeitungsliste

Nach einer Denarmelung wird im Reichspostministerium erwogen, die wertvolle Arbeit, die in der Zeitungsliste enthalten ist, der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Liste, in der alle in Deutschland erscheinenden Zeitungen sowie die in Deutschland durch die Post zu beziehenden ausländischen Zeitungen aufgeführt sind, soll weiter ausgebaut und zu einem Nachschlagewerk für das interessierende Publikum und die Annoncenexpeditionen gemacht

unser hornierte Anwerstättewelt gar nicht richtig bewußt, wie sehr sie verpflichtet wäre, durch große freiwillige Opferungen das Verbrechen zu sühnen, das sie keinerlei gestillt hat.

**Elektrische Wundbehandlung.** Eine Methode, um Bazillen, durch die Wunden infiziert sind, mit Hilfe der Elektrizität zu zerstören, ist von dem englischen Arzt Bollingwood Jensen angegeben worden, der darüber im British Medical Journal berichtet. Jensen hebt hervor, daß bisher noch niemand vor ihm auf den Gedanken gekommen sei, Bakterien durch Elektrizität zu vernichten, und er glaubt, daß diese elektrische Behandlung künstlich in den Kampf gegen die Wundkrankheiten eine große Rolle spielen werde. Es ist ihm gelungen, mit Hilfe dieser neuen Methode Fälle, die bereits ganz hoffnungslos erschienen, schnell zur vollständigen Heilung zu bringen. In einem Fall hatte ein Mann eine schwere Sepsis am Unterarm, die durch die gewöhnliche Behandlung nicht behoben werden konnte. Der Arm wurde daraufhin in eine Porzellanwanne gelegt, die mit einer Salzlösung gefüllt war, und dann ließ man den elektrischen Strom hindurchgehen. Am folgenden Tage befand sich der Arm schon in einem viel besseren Zustande, der von Tag zu Tag zunahm, und nach zehn Tagen war er vollkommen geheilt. Diese Wunden von Granitplittern, die besonders schwierig zu behandeln sind, wurden mit dem gleichen Erfolg kuriert.

## Tagess-Rosigen

**Theater.** Die „Dissonanz“ im Theater in der Kommandantenstraße ist auf Grundbesitz verfallen worden. Karten behalten ihre Gültigkeit.  
**Das Neue Volkstheater.** Direktor Helja Goldberg tritt mit dem nächsten Tage auf seinen Wunsch von der Leitung des Neuen Volkstheaters zurück. Er ist indessen außerordentlich worden, auch in der kommenden Spielzeit die Intendanz einzelner Werke zu übernehmen. Alle die weitere Leitung des Neuen Volkstheaters ist nun der Volkshalle G. W. die das Haus seit mehreren Monaten bewirtschaftet, Dr. S. Kapitzke befristet worden.  
**Die Arbeiter-Kampfschule (Vaterhäuser Str. 20),** mit Wintern vom Kolonial-Maler Otto Nagel, ist am 21. Juli geöffnet. **7 Abende: 1. Sonntag, den 21. Juli, mittags 12 Uhr und abends 7 Uhr.**  
**Mittlerer-Chef.** Das nächste städtische Polizeipostamt findet Montag 8 Uhr in der Brunnenstraße unter Leitung von Leutnant Königsdorfer statt. Programm: Wagner-Opern. Karten bei Herr. Engelstein 14, Orchesterhaus, Büchsenstraße 76 (11-12 Uhr), „Freiheit“, Berlin-Strasse, und Klendtschke.  
**Polizeische Gerichte.** Nach ministerieller Verfügung wird im Polizeischen Gerichte von 20. Juli ab am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag eine Einleitungsabteilung am 1. März eröffnet. In den übrigen Tagen bleibt der Justizrat. — Der Garten im Wenden des Gewerkschaftsplatzes am 7.-7. an Sonn- und Feiertagen 10-12 Uhr. Die Schauspieler sind offen von 10-12 und 1-5 Uhr.  
**Städtische Gesundheitsverwaltung.** Die Volkshalle des Stadtgesundheitsamtes während der Ferienunterbrechung der städtischen Gesundheitsverwaltung am 1. Juli hat. **Städt. Gesundheitsamt (Städt. Gesundheitsamt).** **Städt. Gesundheitsamt (Städt. Gesundheitsamt).**  
**Verlegung der Bücherbibliothek der Kaiser-Wilhelm-Akademie.** Die Verlegung dieser Bibliothek wird am 21. Juli stattfinden. Die Bücher werden von dem Verleger, Buchhändler, Drucker und Buchbinder des Kaiser-Wilhelm-Akademie nach Berlin verlegt werden. Die Bücher werden am 21. Juli in der Kaiser-Wilhelm-Akademie in Berlin an den Büchler in der Kaiser-Wilhelm-Akademie (Telefon-Nr. 2500) abgeholt werden.

werden. Zu dem Zwecke soll die Zeitungsliste künftig außer dem Titel der Zeitungen Angaben über die Anzeigenpreise, Größe der Zeitung, Zeilenhöhe, Zeilenbreite bringen. Der erste Teil der Liste wird alle deutschen und die in fremder Sprache erscheinenden Zeitungen, der zweite die deutschen Zeitungen nach Verlagsorten alphabetisch geordnet, der dritte die Fachzeitschriften nach Fachgruppen aufgeführt enthalten. Besondere Wert wird die Preisliste dadurch erhalten, daß regelmäßig monatlich Nachträge und Berichtigungen vierteljährlich in Ergänzungsheften zusammengestellt werden, so daß jedem Käufer jederzeit ein nach dem neuesten Stande berichtendes Stück zur Verfügung steht.  
Selbst wenn dieser Plan auf den Widerstand der bürgerlichen Annoncenexpeditionen stoßen sollte, die bisher schon derartige Zeitungskataloge herausgegeben haben, so müßte das Unternehmen doch verwirklicht werden. Bisher muß allerdings werden, daß das Postministerium nicht bürokratische und fiskalische Methoden anwendet, sondern sich lediglich von kaufmännischen Gesichtspunkten leiten läßt, wenn der beabsichtigte Zweck, der Post neue Einnahmen zuzuführen, erreicht werden soll.

## Die Reaktion in Lettland

Wie uns ein Privattelegramm aus Riga meldet, ist Genosse Braun, der Vorsitzende des der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien angeschlossenen sozialdemokratischen „Bundes“ in Lettland, amnestiert worden. Braun war auf Grund der Aussagen eines Polizeispionens von einem Kriegsgericht in Riga wegen „hoheländischer Propaganda“ zum Tode verurteilt worden und im Anschluß daran hat eine Aera der Verfolgungen gegen die Partei und sozialistische Presse begonnen. Die stürmischen Forderungen des lettlandischen Proletariats, die von der Sozialistischen Arbeitergemeinschaft nachdrücklich unterstützt wurden, haben nun zur Folge gehabt, daß Genosse Braun amnestiert worden ist. Ob die lettlandische Reaktion damit lediglich einen Ausnahmefall geschaffen oder ob sie sich unter dem Druck der Arbeiterschaft dazu entschlossen hat, den sozialistischen Parteien die volle Bewegungsfreiheit wiederzugeben, ist aus der uns zugegangenen Meldung nicht erkennlich.

**Schwere Vorwürfe gegen einen bairischen Minister.** Nach einer Meldung aus München wird der bairische Minister von Frauendorf der Fällung altrömischer Münzen beschuldigt. Frauendorf ist plötzlich verschwunden, und es wurde mitgeteilt, daß er in sein Amt nicht mehr zurückkehren werde. Die Angelegenheit soll bereits die Anklagebehörde beschäftigt sein.

**Eine Stadt ohne Arbeitslose.** Da der Geschäftserfolg in den Textil-Fabriken des thüringischen Städtchens Pöhlitz seit einiger Zeit recht gut ist, und sich auch die Bauindustrie belebt hat, ist diese Stadt seit einigen Tagen ohne Arbeitslose.

## Groß-Berlin

### Der Obst- und Gemüsehandel

Die Entwicklung des Verkehrs mit Lebensmitteln hat die vorhandenen Marktstellen überschritten. Die Räumlichkeiten reichen nicht mehr annähernd aus, um den Handel zu fassen und es hat sich ein immer größerer Teil davon auf die Straße begeben müssen. Besonders der Obst- und Gemüsehandel findet heute nur noch zum Teil unter Dach und Fach statt. Wer in den frühen Morgenstunden in die Nähe der Zentralmarkthalle kommt, findet die ganzen angrenzenden Straßenzüge gesteckt voll Wagen, von denen direkt verkauft wird. Das entspricht eigentlich nicht den polizeilichen Vorschriften, aber die Ware würde verderben, wenn man dagegen rigoros einschreiten wollte. Zwei große Hallen für den Engrosverkauf von Fleisch und Gemüse sind immer noch nicht fertig, und die Verteuerung der Verkaufspreise läßt ihre Inbetriebnahme auch nicht so bald erwarten. Die Zustände, die sich infolge davon entwickelt haben, sind natürlich nicht sehr erfreulich, aber es wäre eine große Unvernunft, wenn man aus organisatorischen Gründen diesen unregelmäßigen Verkehr unterbinden wollte.

Die Interessenten freilich sind anderer Meinung. Die „Arbeitsgemeinschaft zur Prüfung der Preisverhältnisse auf dem Berliner Obst- und Gemüsemarkt“, in der die Produzenten den Ausschlag geben, hat dieser Tage eine Entscheidung an das Polizeipräsidium gerichtet, in der sie die Vertreibung des Straßenhandels aus der Umgebung der Zentralmarkthalle verlangt. Man denkt dabei freilich nicht an die Produzenten, für die man im Gegenteil die polizeiliche Erlaubnis hier zu erhalten verlangt. Das ist nichts anderes als ein Versuch zur Monopolisierung des Obst- und Gemüsehandels, denn man würde nicht dabei stehen bleiben, den Straßenhandel aus der Nähe der Zentralmarkthalle zu beseitigen, sondern ihn allmählich ganz zu zerstören versuchen. Es hat sich gezeigt, daß der Straßenhandel sozial von hoher Bedeutung ist, da er einer großen Zahl von Erzeugern, die sonst arbeitslos wären, Verdienstmöglichkeiten bietet. Darüber hinaus würde die Resektion die Preisbildung auf dem Obst- und Gemüsemarkt völlig in die Hände der Produzenten legen, so daß man sich von vornherein nicht klar genug gegen diese Absichten wahren kann.

Zunächst befindet sich eine Neuordnung der Straßenpolizeiarbeit in Vorbereitung, die voraussichtlich zum 1. Oktober in Kraft treten und den Straßenhandel aus der Umgebung der Zentralmarkthalle verbannen soll. Es würde dafür ungefähr folgender Umkreis in Frage kommen: Neue Friedrichstraße, Königstraße, Spanbauer Brücke, Dirschenstraße, Neuer Markt, Münzstraße. Selbstverständlich denkt man dabei nicht daran, die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft auszuschließen. Aber auch dieses generelle Verbot scheint uns durchaus unangebracht zu sein. Wichtigster als Straßenpolizeiliche Bedenken ist doch wohl die mögliche reichliche Verjüngung Berlins mit Nahrungsmitteln, ganz davon abgesehen, daß derartige Maßnahmen in der Praxis sich bisher fast immer als undurchführbar erwiesen haben.

Die Marktstellen sind bekanntlich nur bis 6 Uhr geöffnet und besonders in der heißen Jahreszeit besteht häufig die Gefahr, daß eintreffendes Obst sich bis zum nächsten Morgen nicht mehr hält. Schon darum löst sich der Verkauf vor der Marktstätte nicht immer umgeben.

Es wird geltend gemacht, daß der Verkauf auf der Straße die Standinhaber innerhalb der Halle schädigt, weil diese die ziemlich erheblichen Kosten des Abfahrens zu tragen haben, und man befürchtet, daß eine Abwanderung zu dem sogenannten „Markthallenvorhof“ stattfinden würde. Das würde auch eine Schädigung der Marktstätte bedeuten, die zu einem erheblichen Teile von Obst- und Gemüseverkäufern gefüllt wird.

Uns erscheint diese Gefahr nicht so groß. Klein die Abhängigkeit von der Witterung wird einen sehr großen Teil der Verkäufer immer an die Halle fesseln, und es würde auch ein Wechsel mit Verkäufern anderer Waren eintreten, die sich zum Straßenverkauf nicht eignen.

Beispielsweise der offene Verkauf von Fleisch bringt so erhebliche gesundheitliche Gefahren, daß gegen ihn mit allen Mitteln eingeschritten werden muß; während gegen den Obst- und Gemüsehandel nicht so viel einzuwenden ist. Es wäre kein großes Ärgernis, wenn man ihn ruhig auf der Straße belassen wolle, und es würde sich sogar durch eine Konzentrierung eine neue Einkaufsmöglichkeit für die Stadt eröffnen.

angefallen und spielt jetzt Anzengrubers. Schönheit möchte ein Volksdichter sein. Anzengrubers ist einer. Der „Wissenschafts-wurm“ ist eine richtige Bauernfomödie, ein witziges Volksstück. Man darf nun beiseite nicht erwarten, daß es die Einfachheit, Schlichtheit und Nüchternheit selbst ist. D nein! Es hat eine ganz gehörige Portion Sentimentalität und Nüchternheit. Einmalige Leute lieben wohl die Einfachheit, — aber auch die Nüchternheit muß dabei sein; vor allem, wenn sie ins Theater gehen. Da wollen sie nicht nur ihr Alltagsleben dargestellt sehen, sondern: zwar ihr Leben, aber durch Nüchternheit verschönt.

Aus dieser kindlichen Mischung von Lebenswahrheit und rührender Sentimentalität besteht der „Wissenschafts-wurm“ und der ganze Anzengrubers. Es ist eine gefährliche Mischung — manchmal geht's scharf an der Geschmacklosigkeit vorbei — aber immer wieder bleibt der Dichter in Anzengrubers Sieger und führt über alle Sentimentalität zurück zum einfachen, starken, echten Gefühl. — Die Erz-Deute treffen im großen und ganzen den richtigen Ton. Es ist eine merkwürdige Mischung von Echtheit und Halb-echtheit in ihnen. Nur Ludwig Auerers Leistung ist ganz lindenlos und voll. Er bringt es sogar fertig, im dramatischen Höhepunkt des Stückes ein ganz sentimentales Lied auf eine Weise vor sich hin zu singen, daß man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll. Wer macht ihm das nach? Anna Erz und August Bürger waren ein niedliches, junges Liebespaar. Nur Eduard Kid übertrieb und war oft kein Scheinheiliger Erbschleicher mehr, sondern schon fast der leidenschaftliche Gottseihel-us — nur glaubte man's ihm nicht. H. S.

**Haben die Professoren gelogen?** Der Deutsche Positivistische Studentenbund hat in seiner letzten Mitgliederversammlung vom 19. Juli d. Js. folgende dankenswerte Resolution beschlossen:

„Der Professor Nicolai veröffentlichte im April 1920 eine Erklärung, in der er den Senat der Berliner Universität in bezug auf das Senatsurteil vom 5. März d. Js. der glatten Unwahrheit und bewußten Verleumdung sich. Im Laufe der Zeit hat Herr Prof. Nicolai die betreffenden Professoren mehrfach öffentlich und amüßlich der bewußten Lüge und Verleumdung beschuldigt und Herrn Professor Eduard Meyer einen „Agent provocateur“ genannt, ohne daß Herr Professor Eduard Meyer oder einer der übrigen zwölf Professoren auf diese Beschuldigungen geantwortet hat. Dieses Verhalten der Berliner Professoren ist dazu angetan, das Ansehen der deutschen Wissenschaft im In- und Auslande aufs schwerste zu schädigen. Wir Studenten haben ein Recht darauf, über den tatsächlichen Sachverhalt reiflich aufzuklären zu werden, und erwarten daher von den betreffenden Professoren, daß sie in aller Offenheit in den Behauptungen und Vermutungen des Herrn Professor Nicolai Stellung nehmen.“

**Die neue Bibliothek in Löwen** wird ihre Grundsteinlegung am 28. Juli begehen. Gelehrt aus den Entente-Ländern wohnen dem hierlichen Ate bei. Deutschland ist bekanntlich im Verfall der Vertrag verpflichtet worden, durch Stellung von Büchern die Wiedererrichtung der Bibliothek zu erleichtern. Leider ist sich

Die Koffhandtarife für Fernverkehr

Die Koffhandtarife für Wochenkarten des Fernverkehrs sind nun ebenfalls erschienen. Sie sehen, ebenso wie die bisher gültigen Tarife nur Entfernungen bis zu 50 Kilometer vor. Die jedoch veröffentlichte Preistabelle dieser Koffhandtarife, die, wie auch die neuen ermäßigten Sätze der Monatskarten im Fernverkehr zum 1. September d. J. in Kraft treten sollen, beginnt mit der niedrigsten Entfernung, für die überhaupt Wochenkarten ausgestellt werden (1-6 Kilometer) für die der Preis auf 3,30 Mark festgesetzt ist, während die bisher geltenden Preistabelle als die niedrigste Entfernung 1-7 Kilometer zum Preise von 6,50 Mark vorlägen. Die verhältnismäßig große Ermäßigung erklärt sich einmal aus der Ermäßigung der Preise für die Monatskarten 4. Klasse um rund 20 vom Hundert und zweitens daraus, daß die Preisberechnung der Wochenkarten nach anderen Grundsätzen als bisher erfolgte. Während die ersten, jetzt gültigen Preise für die Wochenkarten ein Drittel des Preises der Monatskarten für die gleiche Entfernung kosteten, so wird jetzt der Preis der Wochenkarte rund ein Viertel des Preises der Monatskarten 4. Klasse für dieselbe Strecke kosten. Die neuen Preise sind also wesentlich herabgesetzt, so daß die Ermäßigung nicht wie bei den Monatskarten 20 vom Hundert, sondern etwa 35 vom Hundert beträgt. Die Preise gestalten sich gegenüber den seit dem 1. Juni geltenden Sätzen, wie folgt: (Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die jetzt geltenden Sätze.)

1-6 Kilometer 3,30 Mark, 7 Kilometer 3,60 (6,50), 8 Kilometer 4,20 (7,-), 9 Kilometer 4,80 (8,-), 10 Kilometer 5,50 (8,-), 11 Kilometer 6,- (10,-), 12 Kilometer 6,50 (11,-), 13 Kilometer 7,- (12,-), 14 Kilometer 7,50 (13,-), 15 Kilometer 8,- (13,-), 16 Kilometer 8,50 (14,-), 17 Kilometer 9,- (15,-), 18 Kilometer 9,50 (16,-), 19 Kilometer 10,- (19,-), 20 Kilometer 11,- (18,-), 25 Kilometer 13,- (22,-), 30 Kilometer 16,- (26,-), 35 Kilometer 19,- (31,-), 40 Kilometer 21,- (35,-), 45 Kilometer 24,- (39,-) und 50 Kilometer 26,- (44,-) Mark. Neben diesen Preistabelle ist dann noch eine weitere neu als Koffhandtarif herausgegeben worden, die die Preise für Schülermonatskarten in allen drei Klassen (2., 3. und 4. Klasse) enthält, die ebenfalls als kürzeste Entfernung den Preis für 1-6 Kilometer enthält, der für die 2. Klasse auf 16,-, für die 3. Klasse auf 9,50 und für die 4. Klasse auf 6,50 Mark festgesetzt ist. Im allgemeinen betragen diese Preise die Hälfte der Preise der Monatskarten des Fernverkehrs. Die neue Preistabelle, die im Personen- und Gepäcktarif bisher nicht enthalten war, stellt Entfernungen bis zu 60 Kilometer für die Schülermonatskarten vor.

Rücksichtslosigkeit der Neuföllner Polizei

Als eine grobe Rücksichtslosigkeit gegenüber den Bürgern ist das Verhalten der Schutzpolizei Neufölln zu bezeichnen, die ihre Übungen im Handgranatenwerfen auf dem östlichen Teile des Tempelhofer Feldes abhält, wie es z. B. wieder am Mittwoch, 20. d. M., geschehen ist. Nicht nur, daß die ganz in der Nähe befindlichen Anlagen der Stadt von Erholungsbedürftigen gemieden werden müssen, werden auch die Bewohner des westlichen Neufölln in ihrer Ruhe erheblich gestört, wenn schon von 1/8 Uhr an bis nach 10 Uhr vormittags ein fortwährendes Geräusch die Fenster scheiteln erzittern läßt. Ebenso ist das Erschrecken der Kinder bei gleichzeitigem Explodieren von vier bis acht Handgranaten keine Annehmlichkeit für die Mütter.

Von der Leitung der Polizeiabteilung Neufölln muß erwartet werden, daß sie derartige Übungen, über deren Notwendigkeit im Publikum wohl andere Anschauungen bestehen, an eine Stelle hin verlegt, wo die Bevölkerung dadurch nicht belästigt wird; es stehen zu diesem Zwecke noch genügend Schießstätten in der Umgebung Berlins zur Verfügung. Daß trotz wiederholter Beschwerden darüber immer noch keine Abänderung getroffen worden ist, beweist, daß die Rücksichtnahme auf das Publikum zumindest bei der Polizeiabteilung Neufölln nicht an erster Stelle steht.

Parteilichkeit. Der 6. Abteilung des 20. Distrikts gehören zwei Genossen an, die in diesem Monat in voller geistiger Blüte das Jubiläum der 25jährigen Parteimitgliedschaft begehen. Es sind dies die Genossen Oskar Höndel und Albert P. U. Mögen sie noch recht lange zum Vorbilde der jüngeren Genossen der Arbeiterbewegung ihre unermüdeten Dienste widmen!

Einigung mit den Kolontärärzten. Die Verhandlungen, die im Kultusministerium mit den Vertretern der Kolontärärzte an den Berliner staatlichen Kliniken stattfanden, haben zu einer vorläufigen Einigung geführt. Das Ministerium wird zunächst 50 Kolontärärzte als Assistenten außerplanmäßig anstellen und im Oktober im Nachtragsetat eine Reihe weiterer Assistentenstellen mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1921 beantragen. Der Erlaß des Ministeriums, wonach die im Nachdienst beschäftigten Kolontärärzte vom 1. August ab für Kost und Logis in den Kliniken hohe Preise zu bezahlen hätten, wurde aufgehoben. Eine Vollversammlung der Kolontärärzte hat sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt, vorausgesetzt, daß das Finanzministerium dem im Kultusministerium getroffenen Vereinbarungen anschließt.

Freie Badegelegenheit für Schüler und Schülerinnen in Nichtenberg. Den Schülern und Schülerinnen aller Nichtenberger, Friedrichsfelder und Karlsruher Schulen steht der Besuch des Kummelsburger Seebades während der Sommerferien in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags, kostenlos frei. Badekarten werden im Stadthaus, Nichtenberg, Türschmidtstraße 25, Zimmer 67 und in der Parade 2, Zimmer 21, Rathausstraße, während der Zeit von 8 bis 3 Uhr werktäglich ausgegeben. Die Schüler und Schülerinnen der Schulen von Nichtenberg, Kaulsdorf und Nichtenberg können das Bädelsche Bad in Kaulsdorf, an der Wernerstraße, während der Sommerferien, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags, kostenlos benutzen.

Chronik der Lebensmüden. Vom Alexander-Ufer in der Nähe des Lehrers Bahnhofs sprang gestern Abend der 39 Jahre alte Guido Weiß aus Kretzin ins Wasser, wurde aber durch einen Passanten wieder herausgezogen und nach der nächsten Rettungsstelle gebracht. — Im Jagd 101 im Tegeler Forst fand man gestern die Leiche eines etwa 60 Jahre alten Mannes. Der Unbekannte muß sich dort bereits mehrere Wochen vorher erhängt haben, da die Leiche schon stark in Verwesung übergegangen war. — An der Schleuseninsel zog man aus dem Landwehrkanal die Leiche eines etwa 35 Jahre alten Mannes und übergab sie dem Scharhauke.

Beim Baden ertrunken. Gestern Mittag nahm das Dienstmädchen Charlotte Gülland aus der Mohrstraße ein Bad im Teufelssee im Grunewald. Pflöchlich ging sie unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Der Arbeiter Bartling aus Charlottenburg sprang ihr sogleich nach und holte sie heraus, doch war der Tod bereits eingetreten.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Etwas kühl, zeitweise aufklärend, jedoch überwiegend bewölkt, mit wiederholten Regenfällen und frischen westlichen Winden.

Gewerkchaftliches

Der bekannte Lügenfeldzug der BAPD.

Eine Auseinandersetzung in einer Branchensammlung der Werkzeugmacher im Mai d. J., welche sich zu einem Ausschlußverfahren wegen Verleumdung gegen ein Mitglied der kommunistischen Partei zuspitzte, veranlaßte die „Rote Fahne“ in verletzlicher Weise diese Angelegenheit zu dem Wahlfeldzug zum Verbandstag nach Jena anzusehen. Die Branchenkommission, welche sich mit dieser Frage beschäftigte, hand einmütig auf dem Standpunkt, daß diese Art von Kampfesweise auf das Schärfste zu verurteilen ist, und brachte ihren Willen durch Annahme folgender Richtigkeit zum Ausdruck:

„Die Branchenkommission der Werkzeugmacher (sowohl der U. S. P. D. wie der R. K. P. D.) hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Artikel Nr. 319 der „Roten Fahne“ mit der Überschrift „Wie der Angestellte Knopf vom Deutschen Metallarbeiter-Verband die Interessen seiner Kollegen wahr“, beschäftigt und erklärt einstimmig hierzu, daß die Darstellung in keinem ihrer Teile der Wahrheit entspricht. Eine am 21. Juli 1921 stattgefundene Vertrauensmännerkonferenz der Werkzeugmacher Groß-Berlins nahm zu dieser Angelegenheit Stellung und machte sich ebenfalls diese Auffassung zu eigen, indem sie beschloß, daß diese Verächtlichmachung der Wahrheit in der „Freiheit“, „Roten Fahne“ und dem „Vorwärts“ veröffentlicht werden soll.

Die Branchenleitung der Werkzeugmacher.

Die Branchenleitung nimmt an, daß damit der Wahrheit zu ihrem Recht verholfen ist, sollte die „Rote Fahne“ sich mit dieser Richtigkeitstellung nicht begnügen, ist die Branchenleitung sehr gern bereit, unter eingehender Darstellung des Falles, die bewiesenen oder unbewiesenen Unterstellungen als Verleumdung nachzuweisen.

Metallarbeiter!

Meldet Euch sofort zur Wahlhilfe im Zentralwahl-Bureau Nieschmann, Alsterstr., und beim Kollegen Pfaffenstähler, Pflanzstraße 33-35.

Sämtliche Betriebe müssen bis Sonntag vormittag 10 Uhr neues Material abgeholt haben.

Auf zur Arbeit. Es geht um die Einheitlichkeit der Organisation!

Sechswöchige Beschäftigung ist keine Aushilfsarbeit

Eine nach dem Betriebsrätegesetz grundsätzliche Entscheidung hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin über die Aushilfszeit gefällt. Zwei Angestellte einer Berliner Großhandelsfirma wurden nach sechswöchiger Beschäftigung entlassen mit der Begründung, sie seien nur aushilfsweise eingestellt worden. Auf ihre Beschwerde hat der Schlichtungsausschuß die Entlassung für unwirksam erklärt. Die Kammer war einstimmig der Ansicht, daß trotz Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses auf einen Tag nach einer sechswöchigen Beschäftigungsdauer von einem Aushilfsverhältnis nicht mehr die Rede sein könne. Es sei nicht nur das

Recht, sondern auch die Pflicht der Firma, bevor sie die Arbeiterentlassungen vornimmt, eine Streckung der Arbeitszeit bis auf 24 Stunden in der Woche eintreten zu lassen.

Beendigung der Lohnbewegung im Eisenhandel

Nachdem am Montag der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Landgerichtsrat Seiffo, sich nicht getraut hatte, den bis aus äußerster gezeigten Eisenarbeitern eine gerechte Lohnhöhung zuzusprechen, hatten die Vertreter der Organisation erklärt, daß die Arbeiter nun ihre Forderungen durch das Mittel des Streiks sich erkämpfen würden. Das hatte die Wirkung, daß der Arbeitgeberverband, der noch 1/2 Stunde vorher jede Lohnhöhung abgelehnt hatte, sich nunmehr bereit erklärte, am Donnerstag mit genügender Vollmacht verebichte Vertreter zu erneuten Verhandlungen zu senden.

Diese Verhandlungen haben gestern vormittag stattgefunden und gelang es, eine 15prozentige Lohnhöhung zu erzielen. Eine Vollversammlung der Eisenhandelsarbeiter nahm auf dem Hofe des Gewerkschaftshauses Stellung zu diesem Angebot. Obwohl dasselbe nicht allen Forderungen der Arbeiter entsprach, hatten wir doch 20 Prozent gefordert, nahm die Vollversammlung nach längerer Diskussion das Abkommen an, das nur auf 2 Monate geschlossen ist, mit 610 gegen 272 Stimmen an.

Auskunft über alle Fragen des neuen Vertrages erteilt Kollege Kahlischmidt, Engelauer 14-15, 2. Tr., Zimmer 32.

Zerlegungsarbeit in Amerika

Die Betriebe der Stumpfwirkerei in Nord- und Südamerika befinden sich seit ca. acht Monaten im Streik, um einen 15prozentigen Lohnabbau zu verhindern. Besonders haben es die Unternehmer darauf abgesehen, das Zweimaschinensystem einzuführen. Die dortige Kollegenchaft, die sich im größten Teil aus Deutschamerikanern zusammensetzt, wehrt sich vergeblich dagegen und zieht es teilweise vor, nach Deutschland zurückzuziehen. Die Unternehmer versuchen nun aus Deutschland neue Arbeitskräfte zu erhalten, und scheuen selbst die weite Reise nicht, um die Arbeiter selbst zu holen. Hauptächlich die ergebnislose Wirkegegend wird abgegrast. Den Neuanwerbungen wird nicht gelogt, daß sie als Streikbrecher und Lohnrüder verwendet werden sollen. Sie sehen erst, wenn sie die Ueberfahrt hinter sich haben, daß sie dazu mißbraucht werden sollen, der dort kämpfenden Arbeiterchaft in den Rücken zu fallen. Organisierte Arbeiter wollen die Unternehmer überhaupt nicht haben, sondern haben es darauf abgesehen, die dortige Organisation zu zerstören.

Zu jeder Auskunft ist bereit: Amerikaner Federation of Full Fashioned Hosiery Workers. Präsident: Mr. Fredy Hell, 438 Lafayette Av., Brooklyn N. Y., U. S. A. Vor Arbeitsannahme in Amerika wird dringend gewarnt.

Soweit die Zustriift. Wir möchten nach bemerken, daß nach amerikanischen Gesetzen Einwanderer, die einen Kontrakt abgeschlossen, nicht ins Land gelassen werden.

Vandinder! Am Montag, den 25. Juli, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal von Baum, Stallschreiberstraße 47, eine Versammlung aller in den Metallbetrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen statt. Es ist für jeden einzelnen von größtem Interesse, dort anwesend zu sein. Die Branchenleitung.

Arbeiterpost

Die Freie Arbeiter-Zeitung ist seit Gründung einer Arbeiter-Zeitung und Sportzeitung am Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, nach Karlsruhe, Lindendamm 66, durch Vereinsrat, eine Versammlung abhalten, wo über das Thema: Die Ziele der Arbeiter-Sportbewegung, mit anschließender freier Aussprache referiert wird. Sämtliche Freunde der Bewegung sind hierzu dringend eingeladen.

Parteiveranstaltungen

1. Verwaltungsbüro. Im Restaurant Savoy (Königsplatz). Samstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr. Referent: Verbandsorganisator Walter Bannasch. Mitwirkende: Selangenerin und Sozialistische Proletarierjugend. Anberndigungen aller Art. Verlosung ab 8 Uhr nachmittags. Treffpunkt für die Orts-Gesellsch., Schmidtstr., Gröner, in Capenda, Schloßplatz. Abmarsch 10 Uhr nachmittags. Treffpunkt für die Orts-Friedrichshagen, Kehlstr. und Umgebung am Bahnhof Obersied, die Schönebergstr., am 11. Uhr. Die Groß-Berliner Genossen sind herzlich eingeladen.

2. Verwaltungsbüro, 4. Bezirk (Mitte). Die Versammlung mit den Bezirksleitern ist nicht am Samstag, sondern Montag, den 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Diemers, Südoststr. 38.

Bereinskalender

Montag, 25. Juli.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Musikinstrumentenmacher und Tischler. 21.10.11. Der Ortsverband des Tischler und Musikinstrumentenmacher. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshagen Hof, Reichshagen Str. 147, Tagesordnung: Die derzeitigen Rollen des Ausschusses der Arbeiterklasse.

Veranstaltung für Politik u. Sozialismus: Das Diebstahl, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: Gerhart Seger, Kahlener-Süd bei Berlin; für den Internationalen u. geschäftlichen Mitteilungen: I. B. Sukow Katala, Berlin SW. — Verlagsanstalt „Freiheit“, c. 6. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 60.

Schweißfuß-Fubpuder „Pfeifferol“ Leidende sollten nur den antiseptischen benutzen. Bewirkt den häufigen Schweißgeruch und verhindert Fressen und Wundwerden der Füße. Stundens 4 2.50 und 2.- Mk. Reich: mehrere Monate. Präservativ-Creme „Pfeifferol“ das ideale Mittel gegen Wundlaufen. Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apoth. Otto Pfeiffer & Partner, Berlin N 65

Glühlampen Halbwattlampen und (ausl.) Elektro-Instanz. Material hoch. Schröder, Bernauer Str. 101. Fabrikgeb. III.

Billige Arbeiterkleidung !! Unter Fabrikationspreis !! Zu konkurrenzlos billigen Preisen !! Gummipelerinen von M. 40.- an Strümpfe M. 2.50 an Unterhosen M. 5.- an Hemden M. 12.- an Deutschlinienformen (Hose u. Jacke) M. 60.- Rouleauranjige M. 65.- Frauenkittelblusen M. 40.- Frauenröcke M. 50.- Englische und amerikanische Linienformen von erstklassiger Beschaffenheit, Strickjacken, Chaussonpoppers, Westdecken, Wickeljacken, Festschürzen u. a. m. verkaufen wir über 500.000 Erstk. Die Waren kommen zum Teil aus den englischen und americk. Herstellungsstätten. Somit die Waren nicht nur hoch, sondern in unseren eigenen Werkstätten vorgefertigt. Inhab. gef. Nach Abgabe eigener Quantitäten an Händler. B. Kaufmann & Co. G. m. H. Berlin, Köpenicker Straße 143. Gedruckt von 8-7. 3. Hof, III 22.

Guy de Maupassant Romane und Novellen. 1. Franklein Hill 2. Schwertener Nonholl 3. Miss Harriet 4. Das Haus 5. Mendelichin 6. Herr Verant 7. Der Fortia 8. Die Schnurpe 9. Der Diebling 10. Ein Alendadentleben 11. Stark wie der Tod 12. Birkchen 13. Hans und Peter 14. Die kleine Hogue 15. Angliche Schürheit 16. Der Tugendpavil 17. Schwanen-Renton 18. Lieder Herz 19. Tage u. Nachtsgezicht 20. Mont Oriet. Jeder Band elegant gebunden 3.40 Mk. Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Artikel für Commer- und Kinderseite Kopfbedeckungen, Stocklaternen, Illuminations- und Verlosungs-Artikel, Girlanden, Wimpel, Tanzkontrollen. Pohl & Weber Nachf. Berlin C. Im Spillmarkt 4-7. Spezialhaus für Karneval- und Vereins-Artikel. Berlin 22, Spillmarkt 64.

Ausnahme-Angebot (Leicht beschädigte Bücher) zu bedeutend herabgesetzten Preisen! (Nur solange Vorrat) Neu-Preis antiquar. Mark Mark Gg. Engelb. Graf, ins Leben hinein. geb. 8.- 5.- Haase, Reichstagsreden ..... brosch. 5.- 3.90 Paul John, Über See und Heide. .... geb. 8.- 5.- Der Ledebour-Prozeß. .... geb. 36.- 22.50 Loele, Der Krötentelch, Roman. .... geb. 8.- 5.- Loele, Der Weg zum Haß, Roman. .... geb. 11.- 6.- Artibaschew, Ssanin, Roman. .... geb. 18.- 11.- Ewers, Alraune, Roman. .... geb. 18.- 11.- Goethes Werke, 4 Bände. .... geb. 60.- 44.- Körners Werke, 1 Band. .... geb. 15.- 11.- Lenau Werke, 1 Band. .... geb. 15.- 11.- Lessings Werke, 2 Bände. .... geb. 30.- 22.- Reuters Werke, 4 Bände. .... geb. 60.- 44.- Schillers Werke, 4 Bände. .... geb. 60.- 44.- Shakespeares Werke, 4 Bände. .... geb. 60.- 44.- Richelieu, Herr Herzog, Roman. .... geb. 15.- 10.- Der kleine Samariter. .... brosch. 1.50 2.- Schröder, Liebesleben der Tiere. brosch. 3.60 2.- Wunder, Chemische Plaudereien. .... brosch. 2.- 1.50 Porto und Verpackung werden extra berechnet. Versand per Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages. Buchhandlung „Freiheit“ (Sortiment) Berlin C 2 / Breite Straße 8/9 Genossen und Genossinnen kauft nur bei unseren Inserenten!

Kleine Anzeigen Verkäufe Möbel Zu verkaufen 2 Zimmer, Küche u. Einrichtung, eventuel Wohnzimmerschere. Wilm, Rindener Straße 16, vor 11. Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, fertige Möbel in letzter Lage, wahl, bequeme Zahlungsweise. kleiner W- und Schablung, verkauft Möbel-Lohn. Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Nordost. Pflanzstr. 42a. Möbel, modern, mit und ohne Verzier, modern, in letzter Lage, jetzt von 500 Mk. ab. Preise auswahl. Rindenerstraße 16. (Südostener Tor). Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlungsweise. Rindenerstr. 16. (Südostener Tor). Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlungsweise. Rindenerstr. 16. (Südostener Tor). Kaufsuche Möbel, Tisch, Stuhl, Kasten, Schrank, Bett, etc. Preis 100.-. Rindenerstr. 16. (Südostener Tor).